



SPD
Fraktion im
Bundestag

Welche Verantwortung hat Wissenschaft?

Der digitale Bildungspolitische
Themenmonat #BiMo20 der
Juso- Hochschulgruppen und
der SPD-Bundestagsfraktion

“Wissenschaft in Verantwortung” - so lautete der Titel des Bildungspolitischen Kongresses der Juso-Hochschulgruppen und der SPD-Bundestagsfraktion, auf den wir uns bereits im Winter dieses Jahrs geeinigt haben - nicht wissend, dass diese Auswahl unter manchen Aspekten eine beinahe prophetische war. Denn wie Wissenschaft von der Politik, den Medien und den Bürger*innen in Verantwortung genommen wurde, zeigte sich erst im Laufe des Frühjahrs 2020, als auch Deutschland sich mit exponentiell steigenden Infektionszahlen konfrontiert sah und sich viele nach Orientierung suchend an die Wissenschaft wendeten. Nun mussten wir das Thema unseres Kongresses zwar nicht ändern, dafür aber so ziemlich alles andere. Anstatt eines traditionellen Präsenzkongresses mit über 100 Teilnehmer*innen, wie wir ihn alle zwei Jahre stattfinden lassen, fand im pandemischen Jahr 2020 ein digitaler Bildungsmonat unter dem Hashtag #BiMo20 statt. Durch Postings auf Sozialen Netzwerken, Online-Diskussionen mit Wissenschaftler*innen, Politiker*innen und gesellschaftlichen Akteur*innen sowie weiteren Videoformaten haben wir vier Wochen lang Themen der wissenschaftlichen Verantwortung präsentiert und debattiert, sind mit User*innen ins Gespräch gekommen und haben Impulse aufgenommen, um schlussendlich Thesen zu entwickeln, die wir anschließend gemeinsam präsentiert haben.

Den Auftakt bot dabei eine Diskussion mit Prof. Jule Specht, Psychologin an der HU Berlin, dem bildungs- und forschungspolitischen Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Oliver Kaczmarek MdB und Cedric Engels alias Dr. Watson, der auf YouTube in Kurzfilmen wissenschaftliche Phänomene verständlich erklärt. Besonders auch in Hinblick auf die Corona-Pandemie betonten die Diskutant*innen dabei die Relevanz von Wissenschaftskommunikation. Diese könne akademisch institutionalisiert in Form verpflichtender Module in jedem Master-Studiengang verankert sein, als leicht zugängliche Formate wie Podcasts oder Videos jungen Zielgruppen zugutekommen oder als feste Rubrik in Fernseh-Nachrichtensendungen integriert sein.

Weitere Live-Talks fanden mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten René Röspel MdB zum Thema der internationalen Wissenschaftsfreiheit statt, der die friedensstiftende Kraft internationaler Wissenschaftskooperation betonte, sowie mit der sozialdemokratischen Wissenschaftsministerin im Deutschen Bundestag, Yasmin Fahimi MdB, im Gespräch mit dem Präsidenten der Universität Potsdam, Prof. Oliver Günther PhD, die sich über Hochschulen als politische Räume austauschten.

Daneben wandelten wir geplante Panels auch in asynchrone Videos um, die auf Facebook und der Videoplattform von Instagram, “IG-TV”, veröffentlicht wurden. Auf diese Weise haben wir nicht nur Video- oder

Grußbotschaften von der stellvertretenden SPD-Fraktionsvorsitzenden im Bundestag, Bärbel Bas MdB, und der Staatsministerin im Auswärtigen Amt, Michelle Müntefering MdB, erhalten, sondern konnten so auch unsere geplante Keynote realisieren. Eigentlich als Auftakt-Speakerin eingeladen, konnte Prof. Annette Leßmöllmann, Inhaberin des Lehrstuhls für Wissenschaftskommunikation am KIT Karlsruhe, ihre Hauptthesen zur Verantwortung von Wissenschaft in der Gesellschaft und deren entsprechende Kommunikation präsentieren. Sie betonte die Dichotomie zwischen dem Interesse an sicherem Wissen, das insbesondere in pandemischen Zeiten auf Seiten der Bevölkerung, aber auch Politiker*innen und Journalist*innen bestehe, und dem Umstand, dass Wissenschaftler*innen aber solche unumstößlichen Fakten und Verhaltensregeln nicht liefern könnten. Der Umgang mit unsicherem Wissen sei eine der zentralen Zukunftsaufgaben. Weiterhin formulierte die Kommunikationswissenschaftlerin und Linguistin den Wunsch, soziale Medien weniger als Problem anzusehen, sondern sich mit ihrer Rolle in der Wissenschaftskommunikation konkret auseinanderzusetzen - aus der Welt schaffen ließen sie sich ja nicht mehr. Ein weiteres Highlight des bildungspolitischen Monats bildete das Gespräch mit der Abgeordneten des polnischen Sejms für die Fraktion der vereinigten Linken, Agnieszka Dziemianowicz-Bąk. Sie beschäftigt sich im polnischen Parlament mit Fragen der Bildungs- und Wissenschaftspolitik und betonte in

dem Video vor allem die Relevanz des Kampfes gegen Wissenschaftsfeindlichkeit. Der erste Schritt hierbei sei sich bewusst zu werden, in welchem Maße die Gegner*innen einer freien Wissenschaft diesen Kampf führen würden, um in einem zweiten Schritt das Streben nach der Bewahrung der akademischen und wissenschaftlichen Freiheit als einen politischen Kampf zu führen und dabei auf die Zusammenarbeit demokratischer Kräfte und der Wissenschaft zu setzen.

Neben der Begleitung dieser Videoformate durch Posts auf den sozialen Medien, bespielten wir die verschiedenen Plattformen auch mit Themen, die wir in unseren Gesprächen nicht mehr mit aufnehmen konnten.

Den Monat schlossen wir schließlich mit einer Präsentation der Thesen ab, die wir aus der Diskussion und den Gesprächen im Laufe der Wochen entwickelt hatten. Dies geschah in Form einer Video-Thesenpräsentation, gemeinsam mit Wiebke Esdar MdB, SPD-Bundestagsabgeordnete und Mitglied des SPD-Parteivorstands. Dafür haben wir sechs Kernthesen formuliert, welche die Themengebiete abdeckten, zu denen ursprünglich Themenpanels geplant waren:

1.

Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, dass sich rechtes Gedankengut nicht unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit ausbreiten darf!

Unter anderem die AfD präsentiert sich immer wieder als eine Partei des Anti-Intellektualismus, der nicht zuletzt in Wissenschaftsfeindlichkeit mündet und ist beispielhaft für den verschwörerischen Anti-Intellektualismus der Neuen Rechten. Insbesondere die Infragestellung von wissenschaftlichen Erkenntnissen, durch pseudowissenschaftliche Theorien bedroht die Freiheit der Wissenschaft und ihre Glaubwürdigkeit massiv. Aktuelle Debatten und Verschwörungstheorien rund um Corona machen dies noch einmal deutlich. Diese Tendenzen dürfen unter dem Schutz einer vorgehaltenen Wissenschaftsfreiheit keinen Einzug an die Hochschulen erhalten

2.

Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, kritische Forschung überall zu garantieren!

Wissenschaft ist und war nie eine nationale Angelegenheit und erfolgt aktuell immer mehr in internationalen Netzwerken. Über 140.000 Studierende aus Deutschland studieren pro Jahr im Ausland, der Anteil der in Deutschland arbeitenden Wissenschaftler*innen mit Herkunft aus dem Ausland liegt inzwischen deutlich über 10 Prozent.

Insbesondere Angriffe auf die freie Wissenschaft, u.a. in Polen, Ungarn und den USA, machen deutlich, dass eine freie und kritische Wissenschaft keine Selbstverständlichkeit ist und tagtäglich aufs Neue verteidigt werden muss.

Die Wissenschaftsfreiheit stellt dabei ein staatliches Abwehrrecht dar und soll davor schützen, dass wissenschaftliches Erkenntnisstreben durch politisches oder staatliches Handeln eingeschränkt wird. Dieses Abwehrrecht muss international garantiert werden und dort, wo es bedroht ist, müssen Wissenschaftler*innen in ihren Rechten unterstützt werden.

3.

Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, dass Forschung und Lehre politisch sein müssen!

Hochschulen sind politische Räume und müssen als solche erhalten und gefördert werden. Das umfasst von der demokratischen Mitbestimmung in Hochschulgremien bis hin zur politischen Verantwortung von Forschung und Wissenschaft, die an Hochschulen stattfindet, verschiedenste Aspekte. Besonders muss uns bewusst sein, dass der Kampf gegen die freie Forschung und Wissenschaft von politischen Kräften geführt wird und die Abwehr dieser Tendenzen auch einen geeinten Widerspruch von demokratischen Kräften und Wissenschaftler*innen benötigt.

4.

Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, auch jedem und jeder den Zugang dazu zu gewähren

Nachwievor scheitern viele Studierwillige aufgrund fehlender finanzieller Möglichkeiten bereits bei dem Versuch ein Studium an einer Hochschule aufzunehmen. Gerade für Menschen aus sozialen Gruppen, die nicht der ökonomisch privilegierten Schicht angehören, müssen wir Angebote schaffen, die sie befähigen, ein Studium aufzunehmen und erfolgreich zu beenden. Doch weiterhin scheitern viele Studienwünsche nicht nur aufgrund des fehlenden finanziellen, sondern auch des kulturellen Kapitals. Kinder aus migrantischen und Arbeiter*innen-Familien haben schon zu Beginn des Studiums extreme Rückstände, was den akademischen Habitus oder persönliche Netzwerke angeht. Diese Nachteile auszugleichen kann nicht nur die Aufgabe privater Vereine, wie "Arbeiterkind", sein, sondern muss strukturell angegangen werden.

5.

Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, dass Frauen auch endlich in Verantwortungspositionen kommen!

Die Pandemie hat schon bestehende Notlagen auch für Frauen in der Wissenschaft noch verschärft: Die Doppelbelastung durch die Betreuung von Kindern, die psychische Belastung durch fehlende ruhige Arbeitsplätze und Existenzängste sowie die Intransparenz von raschen Entscheidungsprozessen und die Marginalisierung der Beteiligungsmöglichkeiten von im Home-Office Arbeitenden stellen nur einige der zusätzlichen Belastungen für Wissenschaftlerinnen und Studentinnen dar. Der Weg zu paritätischer Besetzung aller akademischer Berufsebenen darf aber durch Corona nicht noch weiter verbaut werden, als er sowieso schon ist. Transparente Beteiligungs- und Bewerbungsverfahren, Tenure-Track, gute Betreuungsmöglichkeiten sowie feste Quoten sind dafür unerlässliche Mittel.

6.

Verantwortung der Wissenschaft bedeutet, zur Lösung der brennenden Fragen unserer Zeit beizutragen!

Der Klimawandel ein grenzüberschreitendes, globales Problem, das somit auch nur grenzüberschreitend und global gelöst werden kann. Hochschulen kommt dabei als Orte der Bildung, Forschung und Sozialisation eine Vorbildfunktion zu und sie sind Experimentierfelder für Innovationen, an welchen Bestehendes kritisch reflektiert und Neues entworfen wird. In Studium, Lehre und Forschung braucht es eine Auseinandersetzung mit den globalen Herausforderungen der Klimakrise. Ausgehend von den Hochschulen kann in der gesamten Gesellschaft ein Umdenkprozess stattfinden und ein gesteigertes Bewusstsein für die Themen

Nachhaltigkeit und Ökologie entwickelt werden. Da die zunehmende Gefährdung unserer Umwelt zu einer Verschärfung sozialer Ungleichheit führt, dürfen gute Sozialpolitik und Nachhaltigkeit nicht gegeneinander ausgespielt werden, sondern müssen für eine ökologische und sozial gerechte Zukunft gemeinsam gedacht werden.

Hochschulen und Wissenschaft sind ein relevanter Teil der Gesellschaft. Junge Menschen werden hier sozialisiert und verbringen eine wichtige Lebensphase an Hochschulen. Sie lernen hier und werden ausgebildet.

Der digitale Bildungspolitische Themenmonat #BiMo20 hat uns vor Augen geführt, wie tiefgreifend Wissenschaft, Gesellschaft und Politik miteinander verknüpft sind. Viele politische Entscheidungen basieren auf wissenschaftlichen Erkenntnissen. Damit hat Wissenschaft einen herausragenden Einfluss auf gesellschaftliche Debatten. Der Austausch zwischen Wissenschaft und Gesellschaft hat damit eine besondere Bedeutung, die stetig wächst. Die Wissenschaft muss sich ihrer elementaren Rolle für den gesellschaftlichen Diskurs bewusst sein und braucht das Vertrauen der Gesellschaft.

Forscher*innen und Hochschulen müssen sich ihrer Verantwortung für ihre Mitarbeiter*innen, für ihre Studierenden und für die gesellschaftlichen Implikationen ihrer Forschung bewusst sein. Die Politik hat zwar eine Verantwortung, die Freiheit der Wissenschaft zu garantieren, aber die Wissenschaft ist auch dafür mitverantwortlich, wie die politische Debatte und das politische Klima sich entwickeln. Es gibt keine abgetrennten Blasen - weder auf Twitter noch an der Hochschule!

Juso-Hochschulgruppen

Willy-Brandt-Haus

Wilhelmstr. 141

10963 Berlin

030-25991 285

juso-hsg@spd.de

www.juso-hochschulgruppen.de